

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Zeitungs-Preis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg usw.) soll
jedemhalber Erhöhung des Preises des
Zeitung, d. Dienstes der Siedlungs-
Verhältnisse, bei der Begehr keinen An-
spruch auf Verkürzung oder Nachleistung der
Zeitung ab. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Unterhaltungs- und Anzeigebatt

Diese Zeitung veröffentlicht die
amtlichen Bekanntmachungen
des Gemeinderates

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Robold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla.

Anzeigen werden an den Geschäftsführer
der Zeitung vormittag 10 Uhr in die
Geschäftsstelle ergeben.
Die Schaltung des Anzeigen-Preises
wird bei einerseitiger Abhandlung einer Nummer
sofort bekanntgegeben.
Jeder Aufpreis auf Nachdruck entfällt, wenn
der Anzeigen-Preis durch Klage eingezogen
werden muß oder wenn der Anzeigengeber in
Rückstand steht.

Gemeinde - Büro - Konto Nr. 186.

Nummer 137

Sonntag, den 14. Dezember 1924

23. Jahrgang.

Vertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 13. Dezember 1924.

— Einem Teil der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt
der Firma Gustav Eidner bei. Außerdem enthält die Ge-
famiaausgabe einen Prospekt der Firma Herm. Schulz.

† Freunde der Betreibungen des Kinderzitadels
finden auf die Weihnachtsfeier aufmerksam gemacht, die
morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr im Gasthof zum Hirsch
stattfindet. Die Kinder haben unter guter Anleitung fleißig
gearbeitet und es darf wohl gesagt werden, daß eine echte
fröhliche Weihnachtsstimmung über der ganzen Feier liegt.
Der Eingang ist frei. Nur gebeten wird, zu kleinen Kinder
nicht mitzubringen, da jede Störung vermieden werden
möchte.

Voriges Jahr ist von Ortsmitgliedern bedauert
worden, daß an den Abenden vor Weihnachten die Chor-
kinder nicht Weihnachtslieder auf den Straßen gesungen
haben. Dieses Jahr wird die Aukende den Wünschen
Rechnung tragen und liebliche Weihnachtswiesen erduen
lassen.

— Zur Entlastung des Personenzuges 2739 verkehrt
ab 15. Dezember ein weiterer Personenzug an allen Werk-
tagen außer Sonnabend bis Ottendorf-Okrilla-Süd. Abfahrt
Dresden-Neustadt 5,08 Uhr. Ankunft Ottendorf-Okrilla-Süd
5,43 Uhr.

— Ortsvereinsitzung. Es ist eine erfreuliche Tatsache
daß in der gegenwärtigen Zeit auch Ortsmitglieder sich der
großen Bedeutung erinnerten, die der Ortsverein für die
Entwicklung unseres Ortes gehabt hat. Die vielseitige
Tätigkeit des Ortsvereins in politischer und kultureller
Hinsicht wurde in der letzten Sitzung gewürdigend
und von allen Seiten gewürdigt, der Ortsverein möge auch
hencehin nach beiden Seiten hin erfolgreich tätig sein. Der
gewählte Eisenbahnausschuß wird in Höhe der Einwohner-
schaft zeigen, daß der Ortsverein noch lebt. Auch die
karlsruhe Aussprache über unsere ganz miserablen
Eisenbahnverhältnisse, besonders die schlechten Zugslagen, die
überfüllten Züge, die großen Zugverspätungen etc. därfte
die Verkehrsabteilungsmitglieder zu der Überzeugung gebracht
haben mit aller Energie bei der Eisenbahnbehörde vorstellig
zu werden, daß die berechtigten Klagen verhunden. Be-
schlossen wurde ferner aller zwei Monate eine Sitzung zu
veranstalten, möglichst sollen auch Versammlungen durch Vor-
träge ausgezeichnet werden. Im Januar wird über das
Thema „Radio Funk“ gesprochen. Die Mitglieder unseres
Vereins, alle Freunde unseres Ortsvereins sind schon jetzt
auf den Vortrag aufmerksam gemacht. Die Mitgliederbetrag
trag, monatlich 25 Pfennig, soll vierteljährlich erhoben
werden. Nach rein geschäftlichen Erledigungen wurde die
Sitzung um 11 Uhr geschlossen mit der Befreiung, zu
werden für noch regeren Besuch der Januerversammlung.

— Bekämpfung des Christbaumdiebstahls. Die
sächsische Landesforstdirektion hat angeordnet, daß auch in
diesem Jahre energisch gegen die durch den Christbaumdiebstahl
dem Walde drohenden Gefahren vorzugehen ist. Dem
Durchlaß soll auch dadurch begegnet werden, daß alle ohne
Schaden für Boden und Beute zu entnehmenden Christ-
bäume den in der Nähe der Staatswaldungen gelegenen
Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Allen
Käufern von Christbäumen soll eine vorschriftemäßige
Kündigung des Forstamtes ausgeschickt werden, da nur da-
durch eine genaue Kontrolle durch die Beamten der Landes-
polizei und der Gemeinden möglich ist. Die in der Nähe
der Staatswaldungen gelegenen Städte und größeren Orts-
schaften sollen erucht werden, für rechtzeitige und reiche
Zufuhr von Christbäumen von auswärts zu sorgen.

Radeberg. Ein Pferderaub soll sich nach um-
laufenen Gerichten in einer der letzten Nächte hier zuge-
tragen haben. Aus dem Stalle eines dortigen Gasthauses
wurden nach gewaltsamer Entfernung fünf Pferde weggeführt
und in der fraglichen Nacht nach Dresden-Neustadt gebracht.
Dort wurden die Tiere von Polizeibeamten beschlagnahmt
und durch den Besitzer wieder nach Radeberg zurückgebracht.
Wie hierzu verlautet, handelt es sich um Streitigkeiten
zwischen Fuhrwerksbesitzer und Pferdehändler, die im Wege
der Zivilgerichte zu entscheiden sind. Ein Eindruck und
Pferderaub in frostlicher Beziehung liegt hier nicht

Bischofswerda. Am Dienstag abend in der 11.
Stunde wurde auf ein Auto aus Bischofswerda etwa 120

Meter hinter Goldbach in der Richtung auf Bischofswerda
ein Anschlag verübt, indem man aus einem Gedächtnis eine Blei-
flasche gegen das Auto schleuderte. Die Flasche, die sich
im linken Borderradausführung und zerplattete, zerstörte den
Reifen vollständig. Infolge des dichten Nebels hatten
Nachforschungen nach dem Täter keinen Erfolg.

Pirna. Infolge der in der letzten Zeit hier vorge-
kommenen nächtlichen Schäfensteinebrüche, wobei die Ein-
brecher Waren von ganz erheblichem Wert entwendet haben
ist an den hiesigen Rat eine Eingabe gerichtet worden, in
welcher die Einschaltung von nächtlichen Radfahrpatrouillen
gefordert wird. Ferner wird in der Eingabe eine Aenderung
des Dienstplanes der hiesigen Sicherheitspolizei in der
Nacht sowie eine bessere Beleuchtung der Straßenläge ange-
strebt.

— Am Sonnabend vor 50 Jahren wurde die Glas-
fabrik Gebr. Hirsch hier im kleinen begründet. Mit Fleiß
und Mühe gelang es, das Werk auf eine ansehnliche Höhe
zu bringen. Über Deutschlands Grenzen hinaus sind die
Fabrikate der Firma bekannt.

Böbeln. Bei der Reichstagswahl wurde ein
Stimmettel mit folgender „Poetie“ abgegeben: „Ob
Sozialist, ob Kommunist — ob liberal — ob
Demokrat, ob Zentrumsmann — und aller Altbürokrat drum
und dran — sie alle rufen: Wahl mir mich — ich helle
euch ganz sicherlich — Wenn ihr mich wählt, dann bin
ich stark — per Monat für 800 Mark.“ Besser konnte
wohl dieser humorvolle Reichstagwähler die Sicht und
das Verlangen nach einem Reichstagsmandat mit 800 M.
Monatseinkommen nicht charakterisieren.

Großenhain. Am Sonnabend nachmittag gegen
4 Uhr gelang es, zwei Wildziehe aus Dresden festzunehmen.
Zu ihrem Besitz befanden sich zwei Jagdgewehre mit acht-
zehn Patronen und zwei Haken. Beide Wilderer wurden
im Auto nach Dresden gebracht.

Leipzig. In dem Betriebe der Firma Adolf
Bleichert & Co. in L.-Gohlis ereignete sich am Dienstag-
nachmittag ein bedauerlicher Unfall, dem ein junges
Mädchenleben zum Opfer gefallen ist. Beim Transport einer
Maschine brach ein Balken, der einem 19-jährigen Schlosser
so heftig an den Kopf traf, daß der junge Mann bewußtlos
zusammenbrach. Beim Transport nach dem Krankenhaus
ist er kurze Zeit darauf seinen Verlu zu erlegen.

— Am Donnerstagnachmittag gegen 4 Uhr ereignete
sich am Rosplatz ein Zusammenstoß zwischen einem Stra-
ßenbahnzug und einem Peugeotwagen. Der Transport-
wagen kam aus der Königstraße herausgefahren, als sich
plötzlich die Straßenbahn näherte und dem Wagen in die
Flanke fuhr. Der Motorwagen wurde ziemlich stark be-
schädigt, ebenso der Transportwagen. Personen kamen
dabei nicht zu Schaden.

Chemnitz. Hier starzte im Hause Amalienstraße 76
die 1 1/2 jährige Tochter des Schneider Feiler aus einem
Fenster des dritten Stockwerkes in die Tiefe und wurde tot
ausgebogen.

Reichenbach. Eine gemeinsame Flucht aus dem
Reichenbacher Gerichtsgefängnis unternahmen drei Stra-
fangeklagte. Sie entflogen kurz nach Eintreten der Dunkelheit
aus der Arbeitsbörse des Gefängnisses und hassen sich
dann gegenseitig über die hohe Mauer des Gefängnishes
der zum Teil auf steiles Feld führt, so daß die Flucht von
außen unbedeutet blieb. Die Flüchtigen sind ein Einbrecher
Karl Sander aus der Tschechoslowakei, ferner die Straßenläger
Paul Küller aus Langenbriesen und Arthur Hoppe aus
Breslau. Obwohl die Verfolgung sofort aufgenommen
wurde und alle drei Flüchtigen aufställige Gefangenkleidung
trugen, sind sie dennoch ihren Verfolgern entkommen.

Burgstädt. Der 54-jährige Dachdecker Stein be-
schäftigte sich damit, daß er im Walde von Wermendorf an
einem Baum Ast ab schnitt. Durch einen unvorstellbaren
Zufall stürzte er vom Baum und trug so schwere Ver-
letzungen davon, daß er im Laufe des Tages verstarb.

Werdau. In der Nacht zum Dienstag brannte das
außerhalb der Stadt gelegene hessische Anwesen, allgemein
„Stadtig“ genannt, zur Hälfte nieder. Das Feuer brach
mittags in der Nacht aus und wurde infolge des äußerst

dichten Nebels erst sehr spät von Beamten des nahen
Langenbergbaus bemerkt. Das Stallgebäude, sowie die
Ställe mit den Entenvögeln wurden ein Raub der
Flammen. Es gelang nur, das Wohnhaus und ein Neben-
gebäude zu retten. Das Vieh konnte bis auf einige
Schweine mit großer Mühe in Sicherheit gebracht werden.
Neben die Brandursache konnte noch nichts Bestimmtes ermittelt
werden.

Kirchennachrichten.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Edelste Wertarbeit ist die sicherste
Empfehlung der



CLEMENS MÜLLER
A.-G.DRESDEN-N.

Vertretung:

Gustav Eidner,
Nähmaschinen- und Fahrrad-Handlung
Ottendorf-Okrilla.

Sie kaufen immer noch viel zu teuer!

Lederstück-
Manchester-
Streifen-
Sonntags-
Arbeits-
Reitord-

Hosen

für Männer, Jungen und Knaben.

Winter-Hosen, schwere Ausführung, ganz
besonders billig.
Windjacken impräg., bekannte Sportausführung,
Manchesteranzüge, Sporthosen, Breeches,
Schlosseranzüge, Düsseldorf Jacken, Arbeitswesten,
Schlosser- und Barchen-Hemden.

Alles eigene Anfertigung.

Ohne Zwischenhandel und Nebenkosten, deshalb
konturrenzlos billig!

Bernhard Schnee,
Hosenfabrikation,
31 Radeberg, Schillerstraße 31

Waren, die Sie anderweitig billiger und besser kaufen,
nehme ich unter Garantie zurück!

Hierzu eine Beilage.

Ein Hetzfeldzug gegen Deutschland.

Englische und französische Tendenzmeldungen über Deutschlands Bewaffnung.

Die "Daily Mail" führt fort, das Gespenst der deutschen Rüstungen mit den von der deutschen Regierung schon öfter widerlegten Argumenten auch weiterhin an die Wand zu malen. Sie kündigt in einem Leitartikel die Veröffentlichung zweier Artikel eines Spezialkorrespondenten an, die sich mit den

fortgeleiteten geheimen Rüstungen Deutschlands befassten sollen. Die beiden Artikel seien auch eine Erklärung dafür, weshalb der Botschaftsrat in der nächsten Woche in Paris zusammenentrete. Die deutsche Regierung und ihre Beamten und Offiziere hätten die interalliierte Militärikontrollkommission gehindert, sich von der vollen Ausdehnung der deutschen Kriegsvorbereitungen zu überzeugen. Die Auflösung des deutschen Generalstabes wäre noch nicht vollzogen, diejenigen beständen im Gegenteil weiter und arbeiteten Pläne gegen die Nachbarn Deutschlands aus. Außer der Reichswehr bestehne noch eine zweite Armee in der Form der grünen Polizei. Die Auflösung dieser Streitkräfte sei wiederholt von Seiten der Alliierten gesordert worden, aber die deutsche Regierung habe dieser Forderung bis jetzt keine Ausmerksamkeit geschenkt. Fünf Jahre nach dem Friedensschluß seien die deutschen Munitionsfabriken noch nicht vernichtet worden. Wenn

Deutschland, bis an die Kehle bewaffnet, fortfahe, den Revanchegedanken zu nähren und Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei zu bedrohen, so verhindere es dadurch jede Entwaffnungsmöglichkeit Englands. Die Lage verlange logistisch ein vereinigtes Vorgehen Englands und Frankreichs.

Wie die "Daily Mail" über die Militärikontrolle in Deutschland noch weiter erschreibt, soll das Ergebnis der von der interalliierten Kontrollkommission angestellten Ermittlungen, den verantwortlichen Kreisen in London und Paris mitgeteilt werden. Das Schriftstück habe angeblich folgenden Inhalt:

1. Die Militärikontrolle sei bei der Kontrolle der militärischen Einrichtungen, der Munitionsfabriken u. der Inspektion militärischer Dokumente auf den beharrlichsten deutschen Widerstand gestoßen.
2. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, die Kontrolle über die Abrüstung Deutschlands, wie ursprünglich vorgesehen, einem Völkerbundskomitee zu übertragen.

3. Deutschland sei bewaffnet. Der Generalstab sei wieder hergestellt worden. Es werde bereits ein neuer Offensivkrieg vorbereitet.

4. Deutschland besitze eine geheime, ungesehliche Polizei, die 100 000 Mann umfasse.

5. Die Fabriken für Herstellung von Munition seien noch nicht zerstört worden. Statt dessen würden Gewehre und aller Art Munition hergestellt.

Die Abrüstungskontrolle in Deutschland bildet in Paris das Tagessgespräch. Es bestätigt sich, so heißt es hier, daß der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission General Walach zu außerordentlich ungünstigen Schlüssefolgerungen über die Entwicklung Deutschlands gelangte. Ein offizieller Bericht des Generals liegt noch nicht vor. Wir erfuhren von zuständiger Stelle, daß die Meldungen der Berliner Vertreter der Pariser Presse übertrieben und verzerrt seien. Die Meldung des Journals, daß die Verbündeten am 20. Dezember die Absehung des Generals von Seest verlangen werden, wird als teilweise unrichtig und verirrt bezeichnet. Man nimmt an, daß

eine scharfe Note an Deutschland von der Botschaftskonferenz gerichtet wird, wenn sich das englische Gerücht über den Inhalt des Berichtes der Kontrollkommission bewahrheitet.

Die Botschafterkonferenz tritt am 17. Dezember zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. General Walach soll an dieser Sitzung teilnehmen, um den Schlüssefolgerungen Nachdruck zu verleihen. Es gehen Gerüchte um, daß Herricot dem englischen Außenminister während seiner Durchreise in Paris Angaben über den Bericht der Kommission machen wird und daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Räumung Kölns entschieden wird.

Zu den Meldungen der "Daily Mail" und des "Journals" über eine angebliche Mitteilung der Militärikontrollkommission an die französischen und englischen Regierungen wird von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt, daß

diese Meldungen falsch und tendenziös sind. So wird in der einen Meldung ein Fall aufgegriffen, der schon vier Jahre zurückliegt. Das Reichswehrgebot ist seinerzeit von der Interalliierten Militärikontrollkommission geprüft und genehmigt worden, so daß sich eine weitere Erörterung der Meldungen erübrigt.

Kulturmärkte in Bayern.

Zwischen der bayerischen Regierung und dem Heiligen Stuhl ist soeben ein Konföderat abgeschlossen worden. Es handelt sich also nicht um einen gewöhnlichen Vertrag, sondern um einen großen Staatsvertrag von staatsrechtlicher Art, einen Vertrag, wie er gegebenenfalls von Macht zu Macht geschlossen wird. Von aufrichtiger Genugtuung erfüllt, konnte ein führendes ultramontanes Blatt dieses Konföderats als „ein gutes Vorzeichen für Bayern und für das Reich“ begrüßen. Durch einen ganz besonderen Staatsakt wird hier der katholischen Kirche in weitestgehender Weise die Kultübung und die Freiheit der Ordensniederlassungen gesichert. Bei Anstellung von Theologie-Professoren und Religionslehrern ist der Einfluß der Kirche maßgebend. An den Universitäten München und Würzburg soll wenigstens je eine Professor der Philosophie und der Geschichte sein, dessen katholisch-kirchlicher Standpunkt offiziell anerkannt ist. Die Kirche hat an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten das Recht der Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichts. Der Staat übernimmt in großzügigem Ausmaße vermögensrechtliche Verpflichtungen. Der Heilige Stuhl kann ganz frei Erzbischöfe und Bischöfe ernennen usw.

Gegen dieses Konföderat erhebt sich nun aus evangelischen Kreisen schärfster Protest, der zu einer ersten Regierungskrisis führen kann. Durch die schärfste Ablehnung des Konföderats und der Staatsverträge mit der evangelischen Kirche in einer Versammlung der Münchener evangelischen Gemeinde ist der Kampf um das Konföderat in ein kritisches Stadium getreten. Gestern abend waren im Landtag alle möglichen alarmierenden Gerüchte verbreitet, die selbst von der Möglichkeit einer Regierungskrise und Landtagsauflösung wissen wollten. Richtig ist aber vorläufig nur jenes, daß durch die parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstände die Erledigung des Konföderats eine unvorhergesehene Verzögerung erleidet wird. Die evangelische Landeskirche wird erst am nächsten Dienstag zur Entscheidenden Beratung über die Staatsverträge zusammenentreten. Von ihren Beschlüssen hängt aber sehr wesentlich die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion ab, ohne deren Zustimmung allerdings eine Annahme der Staatsverträge im Landtag ausgeschlossen wäre.

Inzwischen wurde im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages die Debatte über das Konföderat fortgesetzt. Für die Deutsche Volkspartei der Pfalz verlangte der Abg. Burger weitere Aufklärungen von der Regierung. Er bezeichnete das Konföderat in der vorliegenden Form als unannehbar. Ministerpräsident Dr. Heldt betonte, daß das Konföderat weder gegen die Reichsverfassung noch gegen die Landesverfassung verstöre. Wenn der Landtag kein neues Konföderat genehmige, so bleibe das alte in Kraft. Der Landtag würde diesen Verpflichtungen entgegen, wenn er das neue Konföderat nicht annähme. Der Staat habe auf dem Gebiete der Schule sein Recht pregegeben und es bestehne im Zusammenhang mit dem Konföderat kein Anlaß zu einem Kulturmärkte. Das Konföderat reiche im übrigen über die Interessen Bayerns hinaus und erfülle eine nationale

Ausgabe. Nach Ansicht der Regierungskreise muß die Ablehnung des Konföderats den Regierungsrücktritt und die Landtagsauflösung zur Folge haben.

Um die Steuerermäßigungen in Sachsen.

Die sächsischen Handelskammern haben das Wirtschaftsministerium erucht, dafür einzutreten, daß die Grunderwerbssteuer sowohl in ihrem Grundbetrag von 5 Prozent als auch in ihren Zuschlägen von 2 bzw. 4 Prozent mindestens auf die Hälfte herabgesetzt wird. Ferner haben die Handelskammern den Antrag gestellt, daß das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken möglichst bald aufgehoben werde. Das ecktere Gesetz war seinerzeit in der Insolation entstanden und sollte verhindern, daß inländische Grundstücke an Ausländer mit ihrer hochwertigen Balata verschleudert würden.

Auch die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Amtshauptleute, Bürgermeister und Ratsmitglieder Sachsen hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den von der sächsischen Regierung beanspruchter Steuerermäßigungen beschäftigt. Es wurde vor allen Dingen betont, daß sich schon durch die ermäßigte Reichssteuerzuweisung der aufgestellte Haushaltssplan nicht mehr aufrechterhalten lasse. Sollte nun aber auch die sächsische Regierung die Arbeitgeberabgabe sowohl als auch die Grundsteuer ermäßigen, so sei es absolut nicht mehr möglich, die Aufgaben, besonders die der Wohlfahrtspflege, zu erfüllen. Dem Ministerium des Innern ist die Bitte unterbreitet worden, erst dann Steuerermäßigungen einzutreten zu lassen, wenn ein vollwertiger Ertrag hierfür geschaffen ist.

Die Infanterieschule kommt nach Dresden.

Der Reichstag nahm in seiner Donnerstagssitzung noch eine Ergänzung zum Etat des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1925 an, worin die erste, Ratz von etwa einer Million für die Verlegung der Infanterieschule von München nach Dresden gefordert wird. Die gesamten Kosten sollen 6,5 Millionen Goldmark betragen. Ein Antrag Bayerns, die Beschlussfassung zu verlegen, fand nicht die genügende Unterstützung. Die Verlegung wurde gegen die 14 Stimmen Bayerns und Württembergs beschlossen.

Die Dresdner Studenten gegen die Unterdrückung der deutschen Studentenschaft in Prag.

An der Technischen Hochschule, Dresden, fand es zu einer machtvollen Kundgebung für die unterdrückte Prager Studentenschaft. Vor überfülltem Saale berichtete der vom Hochschulring deutscher Art nach Aussig entstandene Vertreter über die dortigen Vorgänge. Mit Erregung nahm die Studentenschaft von den Zuständen in Böhmen Kenntnis, unter denen die sudetendeutsche Studentenschaft lebte. Professor Dr. med. Ruhn ermahnte die reichsdeutschen Kommissionen in eindringlichen Worten, sich ständig die Not unserer deutschböhmischen Stämme-

brüder vor Augen zu halten und alles zu tun, um sie in ihrem schweren Kampfe um ihr Deutschland zu unterstützen. Danach wurde nach langer Diskussion folgende Resolution einstimmig gesetzt:

Die heute zu einer spontanen Kundgebung versammelten Dresdner Studenten geben ihrer Empörung über die unethischen, alten Rechte ins Gesicht schlagenden Bedrohungen der deutschen Kommissionen in der Tschechei wein ein Mann Ausdruck. Sie fordern alle Studenten im Reich zu einem gewaltigen Protest gegen das Vorgehen der tschechischen Gewaltshaber gegenüber unseren deutschen Staatsbürgern auf und fordern die sofortige Entfernung aller Studenten tschechischen Blutes von den deutschen Hochschulen als Gegenmaßnahme.

Der Haarmann-Prozeß.

Es wird nun mehr die Zeugin Frau Seemann vernommen, die im Hause Cellerstraße 27 einen Laden hat. Haarmann war ihr im Jahre 1918 benachbart. Die Zeugin hat auch einmal einen Knochen von Haarmann bekommen, die sie geflochten hat, da sie aber merkwürdig weiß aussahen, hat sie nichts davon gegeben. Die nächste Zeugin ist Frau Wegehel aus der Neuen Straße. Sie wohnte Haarmann gegenüber. Diese Zeugin hat auch Fleisch von Haarmann gekauft; sie gibt an, es sei Pferdefleisch gewesen. Das Fleisch, das sie von Haarmann gekauft habe, sei stets ohne Knochen gewesen. Da er viel mit jungen Leuten verkehrte, will sie gehört haben. Gesehen hat die Zeugin davon nichts.

In der Nachmittagsitzung wurden noch einige Zeugen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen.

In der fortgeleiteten Beweisaufnahme wurde zunächst die Zeugin Frau Engei vernommen. Als die Zeugin dem Haarmann sagte, im Hause und in der Umgebung sei er als Homosexueller bekannt, habe Haarmann den Leuten mit Klage gedroht. Bezuglich des Verlehs mit jungen Leuten habe Haarmann der Zeugin erklärt, daß er am Bahnhof die Überwachung der Obdachlosen habe. Er habe diese mit ins Haus genommen, um nicht mit ihnen nach dem Polizeipräsidium gehen zu müssen. Der Vorsitzende sagte im weiteren Verlaufe zu Haarmann: „Bisher haben Sie fünf Fälle bestritten, und die fünf Schädel, die gefunden wurden, sollen auch nicht von Ihren Opfern stammen. Wer hat diese fünf umgebracht?“ Haarmann: „Die habe ich nicht umgebracht. Es sollen die anderen ihr Herz erzieheln.“ Vorsitzender zu Grans: „Wollen Sie Ihr Gewissen erleichtern?“ Gran mit einem Lächeln: „Ich habe die Wahrheit gesagt.“ Nach weiteren Zeugenvornehmungen wurde auf Wunsch des Oberstaatsanwalts vom Vorsitzenden festgestellt, daß entgegen den umlaufenden Gerüchten nach der Vernehmung des Zeugen Wiel am 25. Januar Haarmann keinen Mord begangen habe. Die letzte Tat sei am 13. Januar geschehen. Schließlich wurde der in Haft befindliche 21jährige Hugo Wittowksi als Zeuge vernommen. Er habe weder allein noch mit anderen zusammen jemals einen Mord begangen.

Die Verhandlung wurde gestern zunächst weiter unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt. Als Haarmann nochmals aufgefordert wurde, über Grans und Wittowksi aus ihm Bekanntschaft zu sagen, stellte Haarmann noch einmal die Gewissensfrage an: „Grans, ob ich jemals junge Leute zugeschlagen habe, ob er niemals eine Leiche bei ihm gesehen und ob er von der Tötung junger Leute nichts gewußt habe. Grans betrifft alles. Nach unerheblichen Zeugenvornehmungen wurde die Öffentlichkeit wieder hergeholt und in die Vernehmung zum Fall Rothe eingetragen. Zeuge Hausbesitzer Otto Rothe bestandete, daß sein Sohn Friedel in der letzten Zeit abends viel ausblieb und deshalb von seiner Mutter bestraft wurde. Als Zeuge aus dem Felde auf Urlaub nach Hause kam, war Friedel verschwunden. Er verwandte seinen ganzen Urlaub darauf, seinen Sohn wiederzufinden. Seine Nachforschungen führten zur Verhaftung Haarmanns. Bei der Haussuchung, der er beiwohnte, wurde jedoch nichts gefunden. Da Haarmann den Mord an Friedel Rothe zugab, wird auf die Vernehmung der Frau Rothe verzichtet. Aus weiteren Zeugenvornehmungen ergab sich, daß Friedel Rothe Haarmann in einem Café beim Billardspielen kennengelernt habe.

Noch ein Opfer Haarmanns?

Aus New York wird gemeldet: Frau Dandorff aus Staten Island gab an, sie sei überzeugt, daß ihr 19-jähriger Sohn aus erster Ehe, Richard Graf, eines von Haarmanns Opfern geworden sei. Richard Graf war mit seinem Geschwister aus erster Ehe in Hannover gelebt, als Frau Dandorff nach Amerika überstiegen. Seit einiger Zeit sind die Briefe Richards ausgetauscht und der andere Sohn, Otto Graf, schrieb nun an seine Mutter, er habe einen Friseur mit einem Anzug gekauft, der genau aussah wie der seines Bruders Richard. Der Friseur habe den Anzug von Grans gekauft.

Landtagsnachrichten.

Ein Antrag betrifft Beamte der Eisenbahnwerksstätten. Von den volksparteilichen Abgeordneten Schiffmann, Röllig und Voigt ist folgender Antrag dem Landtag zugegangen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung möge im Benehmen mit dem Verwaltungsrat der Reichsbahn dahin wirken, daß bei der Umgestaltung von Eisenbahnwerksstätten in Sachsen nicht Beamte und Angestellte sowie Arbeiter drohtlos werden, daß ihnen vielmehr weitere Beschäftigung am Wohnorte, möglichst in gleichartiger Tätigkeit gesichert werde.

Eine Anfrage über Herrn Menke. Die deutsch-nationale Fraktion sieht sich veranlaßt, die Regierung um Auskunft zu ersuchen: 1. auf Grund welcher Bestimmungen und für welche Dienstzeit der vormalige Polizeipräsident Menke Ruhegehalt erhält, 2. insbesondere ob hierbei die in der Strafanstalt verbrachte Zeit mit angezählt werden soll und wie hoch.

